

Resolution des Gemeinderates Bous zum Erhalt der heimischen Stahlindustrie – Ein Zeichen der Solidarität

Mit ihren Erzeugnissen steht die saarländische Stahlindustrie in einem weltweiten Wettbewerb. Anbieter aus Fernost, hier vor allem aus China, bieten ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu Dumpingpreisen an. Die Herstellung der Produkte erfolgt zu Umwelt- und Sozialbedingungen, die in Europa seit Jahrzehnten überwunden sind. Belegt werden vor allem die umweltzerstörenden Herstellungsmethoden durch zahlreiche Berichte aus China über massivste Luftverschmutzungen und Umweltalarme in den vergangenen Jahren. Dem unfairen Wettbewerb muss durch geeignete Maßnahmen, die den Nachteil der Stahlerzeuger und Stahlverarbeiter in Europa ausgleichen, entschieden entgegengetreten werden.

Die saarländische Stahlindustrie sieht mit großer Sorge einen weiteren belastenden Umstand ab dem Jahr 2021 auf sich zukommen: Die derzeit in der Diskussion befindliche zukünftige Ausgestaltung des europäischen Emissionsrechtehandelssystems kann zu schwerwiegenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber außereuropäischen Konkurrenten führen.

Klimaschutz ist zur Begrenzung des Temperaturanstiegs für die Zukunft weltweit von besonderer Wichtigkeit. In dem Prozess zur Erreichung der Klimaziele darf jedoch ein Wirtschaftszweig nicht einseitig und über Gebühr belastet und auf diese Weise in seiner Existenz gefährdet werden. Dies macht Korrekturen an dem ab 2021 angedachten System des Emissionsrechtehandels erforderlich. Andernfalls werden der hiesigen Stahlindustrie die Mittel entzogen, auf die sie zur Entwicklung und zur Anwendung neuer Technologien im Hinblick auf eine Emissionsreduzierung dringend angewiesen ist.

Die Stahlindustrie ist für die Region und unser Land von herausragender Bedeutung. Von ihr hängen unmittelbar oder mittelbar weit mehr als 20.000 Arbeitsplätze ab. Zahlreiche Zulieferer sind auf die Aufträge der Stahlunternehmen angewiesen. Die Stahlindustrie bildet einen Eckpfeiler der gesamten Wirtschaft im Saarland.

Für die Gemeinde Bous ergibt sich als Standort des Stahlwerkes Bous eine besondere Betroffenheit: Das Stahlwerk erfüllt sowohl als wichtiger Arbeitgeber als auch als leistungsfähiger Gewerbesteuerzahler eine existenzielle Funktion für unsere Gemeinde und die gesamte Region.

Um die wirtschaftlichen Bedingungen für die nachhaltig handelnde und auch in Umweltbelangen hochmoderne heimische Stahlindustrie nicht zu verschlechtern, wendet sich der Gemeinderat Bous an alle politisch Verantwortlichen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene.

Der Gemeinderat Bous setzt ein Zeichen der Solidarität insbesondere mit Blick auf die in der Stahlindustrie Beschäftigten und schließt sich mit dieser Resolution folgenden Forderungen

- nach einem energischen Einsatz für Änderungen an den bisher für die 4. Handelsperiode (ab 2021) vorgesehenen Regelungen des Europäischen Emissionshandelssystems mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Stahlindustrie zu erhalten;
- nach einem nachhaltigen Eintreten für eine wirksame europäische Außenhandelspolitik, die die berechtigten Interessen der deutschen und der saarländischen Stahlindustrie umsetzt; dazu gehört auch die konsequente Anwendung von internationalen Regeln und Instrumenten im Fall von Dumpingpreisen;
- nach einer Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft nur in enger Abstimmung mit den anderen führenden Wirtschaftsnationen, wenn China die in Europa geltenden technologischen Standards im Wesentlichen erfüllt

an.

Der Gemeinderat Bous appelliert an die saarländische Landesregierung und an die politisch Verantwortlichen auf Bundesebene, sich dafür einzusetzen, dass bei der für 2016 vorgesehenen EEG-Novelle die Eigenstromerzeugung aus bestehenden Kraftwerken und Heizkraftwerken der Industrie nicht belastet wird.